



Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 23. Juni 2025

Der Kantonsrat hat in der Gesamterneuerungswahl 52 Mitglieder und 30 Ersatzmitglieder des Obergerichts für die Amtsdauer 2025–2031 gewählt ([KR-Nr. 125/2025](#)).

Der Kantonsrat hat in der Gesamterneuerungswahl 17 Mitglieder und 12 Ersatzmitglieder des Verwaltungsgerichts für die Amtsdauer 2025–2031 gewählt ([KR-Nr. 126/2025](#)).

Der Kantonsrat hat in der Gesamterneuerungswahl 15 Mitglieder und 6 Ersatzmitglieder des Sozialversicherungsgerichts für die Amtsdauer 2025–2031 gewählt ([KR-Nr. 127/2025](#)).

Der Kantonsrat hat in der Gesamterneuerungswahl 70 Mitglieder des Handelsgerichts für die Amtsdauer 2025–2031 gewählt ([KR-Nr. 128/2025](#)).

Der Kantonsrat hat in einer Ersatzwahl Michael Stünzi mit 138 Stimmen als neues Mitglied des Baurekursgerichts gewählt ([KR-Nr. 374/2024](#)).

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Förderung und Weiterentwicklung des Berufes Fachperson Gesundheit EFZ durch Weiterbildungen und Fachausweise» oppositionslos als erledigt abgeschlossen ([KR-Nr. 390/2022](#)). Der Regierungsrat hat in seinem Bericht über das breite und diverse Angebot im Bereich der Gesundheitsberufe informiert und auch über die Bemühungen, dieses laufend zu verbessern.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Benützung von Räumlichkeiten, Anlagen und Einrichtung kantonaler Schulen für Trainingseinheiten von U20 Vereinsgruppen» einstimmig als erledigt abgeschlossen ([KR-Nr. 410/2022](#)). Der Regierungsrat hat dem Parlament dargelegt, dass mindestens kostendeckende Nutzungstarife erhoben werden müssen, damit nicht die Schulbudgets belastet werden. Die Tarife der kantonalen Schulen sollen aber mit jenen für städtische Anlagen in Zürich und Winterthur harmonisiert und die Verfügbarkeit der Anlagen an Wochenenden und in den Schulferien nach Möglichkeit ausgebaut werden.

Der Kantonsrat hat das dringliche Postulat betreffend «Aktionsplan gegen Antisemitismus und Rassismus an Schulen» oppositionslos als erledigt abgeschlossen ([KR-Nr. 69/2024](#)). Der Regierungsrat hat in seiner Antwort die Mittel der Aufklärungs- und Präventionsarbeit auf allen Schulstufen detailliert aufgezeigt und anerkannte überdies den Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG) als beitragsberechtigt für dessen von den Schulen stark nachgefragtes Angebot zum Austausch von jüdischen mit nichtjüdischen Menschen.

Der Kantonsrat hat die Motion betreffend «Abschaffung des Langzeitgymnasiums – Stärkung der Volksschule» mit 130 zu 39 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt ([KR-Nr. 295/2024](#)).

(fsi.)